

Ratzki, Anne; Schumann, Brigitte

Statt Vertrauen und Förderung: Misstrauen und Kontrolle. Wie eine neokonservative Bildungspolitik die Qualität des kanadischen Schulsystems beschädigt

Die Deutsche Schule 95 (2003) 2, S. 172-179



Quellenangabe/ Reference:

Ratzki, Anne; Schumann, Brigitte: Statt Vertrauen und Förderung: Misstrauen und Kontrolle. Wie eine neokonservative Bildungspolitik die Qualität des kanadischen Schulsystems beschädigt - In: Die Deutsche Schule 95 (2003) 2, S. 172-179 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-274536 - DOI: 10.25656/01:27453

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-274536>

<https://doi.org/10.25656/01:27453>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Anne Ratzki, Brigitte Schumann

Statt Vertrauen und Förderung: Misstrauen und Kontrolle

Wie eine neokonservative Bildungspolitik die Qualität des kanadischen Schulsystems beschädigt

In der internationalen Leistungsvergleichsstudie PISA 2000 hat Kanada einen hervorragenden zweiten Platz in der Lesekompetenz der Fünfzehnjährigen hinter Finnland erreicht. Mit diesem außerordentlichen Erfolg konnte es an die guten TIMSS-Ergebnisse von 1996 in Mathematik und Naturwissenschaften anknüpfen. Auch der Preisträger der Bertelsmannstiftung 1996, Durham Board of Education, kam aus Kanada, aus einem Vorort von Toronto. Grund genug für einen Besuch, um vor Ort dieses Schulsystem näher kennen zu lernen. Doch unser Besuch in Ontario zeigte Überraschendes und Bedenkliches.

Die zehn kanadischen Provinzen und drei Territorien verfügen wie die deutschen Bundesländer über eine eigene Zuständigkeit für Bildung und sprechen sich lediglich über die Einrichtung des Council of Ministers of Education, Canada (CMEC) in Grundsatzfragen ab. Dies ist aber auch die einzige Gemeinsamkeit. Im Gegensatz zu Deutschland besitzt Kanada in allen Landesteilen ein integriertes Schulsystem von der Grundschule bis zum Ende der High School. Seine Leistungsfähigkeit hat dieses System durch die Verbindung von großer Qualität mit hoher Bildungsbeteiligung und Chancengleichheit unter Beweis gestellt.

Überraschend für uns war: In Kanada sind diese Erfolge des Schulsystems bei TIMSS und PISA bei LehrerInnen, SchülerInnen und in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Wie ist das zu erklären?

Ebenso überraschte uns, dass trotz dieser Erfolgsserie das Bewährte nicht ge- und verstärkt wird, sondern neue divergierende Elemente bildungspolitisch eingeführt werden. In allen Provinzen ist die kanadische Bildungspolitik dabei, den Schulen einschneidende Veränderungen „von oben“ zu verpassen und sie auf eine rigorose Output-Steuerung umzustellen. Dies gilt auch für die Schulen in Ontario, der größten und wirtschaftlich bedeutendsten Provinz in Kanada mit der multikulturellen Metropole Toronto als Zentrum.

Ontarios Schulen sind im Umbruch. Seit 1995 hat eine rechts-konservative Regierung eine konsequente „Schulreform“ in Gang gesetzt, die ein Schulsystem des Vertrauens, der Zugewandtheit zu den SchülerInnen, der Integration Behinderter und der Unterstützung bei Lernproblemen radikal verändert: Ein neues Curriculum für die Sekundarschule mit überhöhten Anforderungen ist von vielen Jugendlichen nicht mehr zu bewältigen, zahlreiche Tests und Rankings setzen SchülerInnen und LehrerInnen unter Druck, gleichzeitig werden die Mittel für Förderung gekürzt. Als Garant für Schulqualität gilt der konservativen Re-

gierung von Ontario nicht mehr die professionelle Arbeit der LehrerInnen, sondern das von ihr eingeführte Testsystem. Gegen den Widerstand von LehrerInnen und deren Gewerkschaften ist sie dabei, ein erfolgreiches Schulsystem auf der Basis von Vertrauen in ein Misstrauenssystem mit zahlreichen Verlierern zu verwandeln.

Um diesen Paradigmenwechsel rechtfertigen zu können, musste die Regierung von Ontario von einem Defizit-Modell ausgehen und konnte Erfolgsmeldungen aus internationalen Untersuchungen, die den Erfolg des bisherigen Systems belegten, nicht brauchen. Auch bei TIMSS hatte Kanada, ähnlich wie Norwegen und Schweden, in Mathematik und Naturwissenschaften sowohl bei der Bildungsbeteiligung wie bei den Spitzenleistungen sehr gut abgeschnitten. Ein Versuch der Regierung, dies den 1997 eingeleiteten „Reformen“ zuzuschreiben, war wenig glaubhaft, da die in TIMSS (1996) und PISA (2000) getesteten SchülerInnen den größten Teil ihrer Schulzeit vor 1997 verbracht hatten.

So nutzte die Regierung Klagen von Firmen und Universitäten über mangelnde Englischkenntnisse als Begründung für die Verschärfung der Anforderungen und der Kontrolle. Außerdem wertete sie einen inner-kanadischen Test, ähnlich wie PISA-E in Deutschland, so aus, dass der Vorsprung einiger konservativ regierter Provinzen eine konservative Wende nahe legte und legitimierte. Die Ontario Teachers' Federation wirft der kanadischen Provinzregierung folgerichtig die Verfälschung der TIMSS-Ergebnisse vor. Aber auch die PISA-Studie wird laut Lehrgewerkschaft bewusst fehlinterpretiert, wie wir in einem Gespräch in der Torontoer Gewerkschaftszentrale erfuhren.

Tatsächlich sind die Gründe für Kanadas Erfolge in internationalen Schulleistungsvergleichen in den Fundamenten zu suchen, die wir trotz des bildungspolitischen Kurswechsels noch heute beobachten konnten und die den Lehrkräften noch bewusst sind: Das gemeinsame Schulsystem vom Kindergarten bis zum High School Diplom, die Förderung, die Integration und Inklusion in allen Schulstufen ermöglicht und der Respekt vor der multikulturellen Vielfalt.

1. Das stärkste Fundament: Das kanadische Schulsystem

Kennzeichnend für das Schulsystem in Ontario ist die frühe vorschulische Förderung. Fast alle Kinder besuchen ab 3 Jahren den Kindergarten, der mit der Grundschule räumlich verbunden ist. Die Kindergarten-LehrerInnen werden mit den GrundschullehrerInnen zusammen an der Universität ausgebildet, und ihre Bezahlung entspricht der der anderen LehrerInnen. Bereits im Kindergarten beginnt ein spielerischer Erst-Lese-Unterricht. Der Kindergarten ist kostenlos. Kindergarten und Schule sind Ganztageseinrichtungen, für das Mittagessen brauchen SchülerInnen nichts zu bezahlen.

Die Schulpflicht beginnt mit 6 Jahren. Wenn die Kinder in die Grundschule (Elementary School) kommen, bleiben sie 8 Jahre zusammen. Dort unterrichten KlassenlehrerInnen. Zusammen mit der Zeit im Kindergarten haben also die SchülerInnen eine mehr als zehnjährige gemeinsame Zeit des Lernens, in der Lernprobleme diagnostiziert und bearbeitet werden können. Sonderschulen gibt es nicht. Eine Abschlussprüfung für die 8-jährige Grundschule findet nicht statt.

Auf die Grundschule folgte eine 5-jährige Sekundarschule (Secondary School oder High School), die inzwischen auf 4 Jahre verkürzt wurde. Obwohl die Schulpflicht mit 16 Jahren – nach der 10. Klasse – endet, gehen die meisten SchülerInnen bis zur 13. bzw. jetzt 12. Klasse weiter. Diese Schulstufe ist im Fachkurssystem organisiert. Die SchülerInnen wählen Fachkurse unterschiedlichen Inhalts und unterschiedlicher Schwierigkeitsgrade. In ihrer Wahl sind sie frei. Die Kurse zählen je nach Schwierigkeitsgrad für ein Universitäts- oder College (Fachhochschul)-Studium. Man kann nach der High School auch in einen Betrieb gehen. Eine Reihe von Kursen sind berufsvorbereitend, z. B. Computer-Hardware, Automechanik, Metallbearbeitung usw.

Die Sekundarschule zeichnet gerade dieses aus: Allen SchülerInnen wird die Möglichkeit geboten, in einer gemeinsamen Schule den Schulabschluss zu erreichen. Sie besuchen zwar unterschiedliche Kurs-Niveaus, aber sie entscheiden selbst, wie und was sie lernen wollen. Sie sind selbst verantwortlich, erhalten aber immer Hilfe, wenn erforderlich.

Auch wenn die Kurse je nach Anspruch unterschiedlich gewichtet werden, so gibt es doch für alle SchülerInnen der High School, auch für Behinderte, ein einheitliches Diplom, und die Graduierung von der High School ist immer ein großes Fest. Die High School vermeidet Hierarchisierung der SchülerInnen nach Leistung und fördert den Willen aller, auf einem ihnen angemessenen Leistungsniveau das Diplom zu erreichen. Beim Besuch in einer solchen High School fällt die Ernsthaftigkeit und Disziplin auf, mit der sich SchülerInnen in der Schule bewegen, sei es im Unterricht, in den Fluren oder in der riesigen Mensa.

2. Was die Schule zusammenhält: SchülerInnen mit Behinderungen und mit Hochbegabungen werden gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert

Kanada kennt keine Sonderschulen. SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf gelten als „exceptional students“. Der Begriff schließt Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ebenso ein wie Kinder und Jugendliche mit Hochbegabung. Beide Gruppen bedürfen einer besonderen Aufmerksamkeit und werden nach einem individuellen Plan gefördert.

Jede Grundschule und Sekundarschule hat mehrere Sonderpädagogen. SchülerInnen mit Behinderungen sind entweder in Regelklassen integriert oder besuchen besondere Gruppen in der Schule. Meist gibt es Mischsysteme. Behinderte SchülerInnen gehen zeitweise in das speziell ausgestattete Resource Centre, wo sie einzeln oder in Gruppen von SonderpädagogInnen gefördert werden. Die übrige Zeit werden sie in den Regelklassen in einem Zwei-Lehrer-System unterrichtet.

Wenn der Förderbedarf durch Tests und einen Förder-Ausschuss (IPRC-Assessment) festgestellt worden ist, erhält der Schüler einen Individual Education Plan, in dem seine Stärken und Schwächen aufgeführt sind und in dem alle Fördermaßnahmen eingetragen werden. Diese Förderpläne werden mit den Eltern besprochen, und sie müssen diese auch unterschreiben. Der Individual Education Plan begleitet die SchülerInnen während ihrer Schulzeit und wird jedes Jahr überprüft.

Da für den Besuch aller Kurse Punkte, Credits, vergeben werden, die für den Abschluss zählen, konnten bisher auch die SchülerInnen, die auf unterschiedliche Weise im Lernen behindert sind, einen High School Abschluss erwerben. Das Kurssystem der High School mit seinen Credits hat sich als sehr flexibel erwiesen.

Beeindruckend in diesem System ist die Selbstverständlichkeit einer Unterstützung beim Lernen, die nicht selektiert und hierarchisiert. Wenn Hochbegabte ebenso „exceptional students“ sind wie geistig Behinderte, wenn sie ebenso Anspruch auf Unterstützung haben, dann entsteht keine gesellschaftliche Polarisierung, die bildungspolitisch die beiden Gruppen gegeneinander ausspielt.

3. Was die Schule bunt und vielfältig macht: Respekt vor anderen Kulturen

Kanada ist ein klassisches Einwanderungsland, immer noch. 72 Sprachen werden an der Highschool Cameron Heights gesprochen. Die Verschiedenheit wird positiv gewertet. „We celebrate difference“, sagt z. B. der Schulleiter dieser Schule in Kitchener, Ontario. Es geht ausdrücklich nicht um Toleranz, sondern um die Wertschätzung anderer Kulturen. Die Offenheit der kanadischen Gesellschaft, die sich als multikulturell versteht, spiegelt sich in dieser Schule auf vielfältige Weise wider. So wird z. B. im Fach Mathematik dargestellt, wie andere Kulturen das π gefunden haben. Englische Literatur aus aller Welt wird gelesen. Die Schule veranstaltet einen Anti-Rassismus-Tag mit Ansprachen und Filmen, sie feiert ein ost-asiatisches Fest, einen Kultur-Tag. Diese Schule vergibt auch das internationale Baccalaureat.

Der Umgang mit den eingewanderten SchülerInnen richtet sich nach deren Sprachkenntnissen. So weit als möglich werden die SchülerInnen von Anfang an in eine kanadische Klasse integriert (emerged). Sie gehören jedoch zu einer eigenen Abteilung, ESL (English as a Second Language), die bis zum Diplom ihr Ansprechpartner bleibt und die Hand über sie hält. Von dieser Abteilung erhalten sie Sprachunterricht in Englisch. Auch wenn sie zusätzlich besondere Förderung brauchen, ist immer ESL für sie zuständig. Es kann ihnen nicht wie in Deutschland passieren, dass sie wegen ihrer Sprachprobleme als Lernbehinderte definiert und etikettiert werden.

Durch die Nähe zur französischsprachigen Provinz Quebec spielt Französisch in Ontario eine große Rolle. Schon in der Grundschule gibt es bilinguale Klassen, in denen ein Teil des Unterrichts in französischer Sprache erteilt wird. Im Indianer-Reservat der Six Nations im Grand River Valley wird die Sprache der Ureinwohner mündlich unterrichtet, während Englisch Schriftsprache ist.

Die zahlreichen deutschsprachigen Mennoniten haben ihre eigenen Schulen. Neben einem allgemeinen staatlichen Grundcurriculum wird den kulturellen Traditionen verschiedener Gruppen viel Raum gegeben. Ebenso den religiösen Traditionen, denn etwa ein Drittel der Schulen ist katholisch, mit eigener Verwaltung, aber staatlicher Finanzierung.

4. Die neue Bildungspolitik greift die Erfolgsstrukturen an

In diese erfolgreichen Strukturen und Traditionen greifen nun die Veränderungen der neuen Bildungspolitik gravierend ein: Es begann damit, dass die

Regierung den School Boards, den lokalen Schulbehörden, verbot, wie bisher selbst Steuern für Bildung zu erheben. Damit hängen die School Boards vollständig von der Mittelzuweisung der Landesregierung ab. Diese teilt im Namen der „gerechten Mittelverteilung“ pro Schüler eine bestimmte Summe zu und berücksichtigt keine besonderen Unterstützungsnotwendigkeiten, auch nicht in Großstädten oder Brennpunkten. Dies hat zu einer drastischen Reduzierung der Sonderschullehrkräfte an den Schulen geführt. Viele Kinder, die Förderung bräuchten, bekommen sie nicht mehr. Fördergruppen sind viel größer geworden, aber auch die regulären Klassen.

Der Jahresbericht 2001 des Waterloo Region District School Board beklagt „the underfunding of public education“, die zum Abbau von 113 Lehrerstellen geführt habe. Die Schulbehörde kämpft um den Erhalt der Standards bei der Förderung von Behinderten und Einwanderer-Kindern und hat Schulden in Höhe von 4,2 Millionen Dollar gemacht. Solchen School Boards droht die Landesregierung Maßnahmen an.

5. Der Druck wächst

Im 3. und 6. Schuljahr in der Grundschule werden seit zwei Jahren Tests in Englisch und Mathematik durchgeführt, die zentral ausgewertet werden. Danach erfolgt ein Benchmarking der Schulen und es kommt zu einem öffentlichen Ranking in der Presse. Obwohl das Ministerium beteuert, dass es kein Ranking wünscht und bestreitet, dass es die Daten herausgibt, kommt die Presse regelmäßig an die Daten. Die Folge ist, dass individuelles Lernen der SchülerInnen im Klassenunterricht schwierig wird. Weil alle zur gleichen Zeit im Test das Gleiche können müssen, wird Heterogenität zur Belastung, denn Heterogenität verlangt individuelles Lernen und individuelle Förderung. Die LehrerInnen erleben die Tests als Gleichschaltung. Sie geraten unter einen enormen Druck, viele wollen nicht mehr in diesen Klassenstufen unterrichten. Dabei wissen alle, dass Lernen nach individuellem Tempo erfolgsversprechender ist als unter dem Druck der Vergleichbarkeit.

Geradezu absurd mutet an, dass für die Lehrkräfte völlig unklar bleibt, welche Qualitäts-Kriterien für die „four levels of achievements“, also die Kompetenzstufen, gelten: Das Ministerium legt erst im Nachhinein die Anforderungen fest, die für die höchste Stufe erbracht werden müssen. Es sollen möglichst immer 20 % der SchülerInnen diese Anforderungen erfüllen. Die Leistungsstandards sind nicht klar definiert, sondern schwanken von Jahr zu Jahr. Für die Lehrkräfte jedoch ist es wichtig, wie ihre SchülerInnen abschneiden. Sie erleben diesen Umgang mit Standards als politische Willkür.

Seit kurzem müssen die Schulen auf der Basis ihrer Ergebnisse Ziele zur Leistungsverbesserung formulieren (Target Setting). Im Rahmen von Action Plans sind diese dem School Board und den Eltern darzulegen. „Like a blitz“, so eine Schulleiterin, sei diese Neuerung über die Schulen gekommen und schaffe ein Spannungsfeld zwischen den pädagogischen Ansprüchen an einen inklusiven Unterricht, der allen SchülerInnen gerecht werden will, und den äußeren Anforderungen an die Schulen.

Als Folge der Schul-Rankings wird aktuell gefordert, die freie Schulwahl für Eltern gesetzlich zu garantieren. Die Liberalen haben diese Forderung als ers-

te Partei in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Wenn der Grundsatz nicht mehr gilt, dass die SchülerInnen der Elementary School die nächstgelegene Schule ihres Wohnbezirks besuchen, wird soziale Segregation zu Lasten von Integration und Chancengleichheit bildungspolitisch gefördert.

6. Die High School wird selektiv

Seit dem Jahr 2000 führt die Landesregierung jährlich einen Literacy-Test im 10. Schuljahr durch. Er baut auf dem neuen Curriculum auf, das nach Aussage der LehrerInnen für viele SchülerInnen zu anspruchsvoll ist. Die Regierung hat das Bestehen dieser Tests zur Voraussetzung für das High School Diplom erklärt. Das Ergebnis des Tests von Oktober 2001, das im September 2002 erst bekannt gegeben wurde, wertete die Regierung als ihren Erfolg: 75% hatten den Test bestanden. Doch die Zeitungen und die Schulen fragen zurecht nach den 25%, die gescheitert sind. Zwar gibt es eine zweite Chance, aber da die Tests nicht zurückgegeben werden, erfährt niemand, welche Fehler er gemacht hat. In diesem Jahr war zudem die Übungszeit von weniger als einem Monat bis zur Wiederholung mehr als kurz.

Werden zukünftig 25% der SchülerInnen die Schule ohne Abschluss verlassen? Und wenn dies im 10. Schuljahr schon klar ist, welchen Sinn soll es für diese Schüler haben, noch weitere zwei Jahre zur Schule zu gehen? Manche vermuten, dass die Regierung dadurch die Zahl der Schüler an der High School senken will, um Kosten zu sparen.

Vieles spricht dafür, dass die Regierung darauf hinarbeitet, die von ihr herbeigeführte Notlage der Gescheiterten für eine „Modernisierung“ der integrativen High School zu nutzen. Bisher gilt noch die bewährte Regelung eines einheitlichen Abschlusses für alle am Ende der High School, der allerdings erst durch Zusatzberechtigungen zum Besuch von Universität und College berechtigt. Der Vorschlag, einen eigenen Abschluss auf der Basis eigener Curricula für die Leistungsschwächeren anzubieten, läuft darauf hinaus, dass sich entlang sozialer Herkunft die Bildungswege der SchülerInnen schon am Anfang der High School in ungleichwertige Angebote trennen. Dieser Verzicht auf Integration muss vor dem Hintergrund von Kanada als Einwanderungsland besonders bedenklich stimmen.

Dazu passt, dass das Schulministerium festgelegt hat, dass es ab dem 9. Schuljahr drei Streams geben soll: „academic“ (für Universität), „applied“ (für College/Fachhochschule) und „workplace“ (für die Arbeitswelt). Zugleich ist im Gespräch, dafür getrennte Schulen einzurichten. Damit wird die Offenheit der Schullaufbahnen erheblich reduziert, im Wesentlichen liegen sie ab dem 9. Schuljahr fest. Gerade die Breitenförderung auch in der Oberstufe der Highschool hat jedoch in der Vergangenheit zu Spitzenleistungen geführt, wie TIMSS festgestellt hat.

7. Zero-Tolerance-Politik verändert das Schulklima

Zu den einschneidenden Veränderungen gehört auch die Einführung eines landesweiten Verhaltenscodes, der das Schulleben regeln soll. Die School Boards, die SchulleiterInnen und die LehrerInnen sind verpflichtet, den Code of Conduct umzusetzen.

Die Regeln für das Zusammenleben klingen zunächst vernünftig. Respektvoller Umgang miteinander und die physische Sicherheit jedes Einzelnen sind die Leitprinzipien. Verstöße gegen den Code ziehen obligatorische Schulstrafen nach sich: vom vorübergehenden Ausschluss vom Unterricht bis hin zum Verweis von der Schule. LehrerInnen können ohne Rücksprache mit der Schulleitung oder mit anderen Schulgremien SchülerInnen für einen Tag vom Unterricht suspendieren. SchulleiterInnen sind autorisiert, SchülerInnen bis zu einem Jahr von der Schule auszuschließen. Diese müssen sich in dieser Zeit einem besonderen Programm unterziehen, bevor sie wieder zu ihrer Schule zurückkehren dürfen. Weiter gehende Bestrafungen müssen vom School Board genehmigt werden.

Diese Politik wird unter dem Begriff Zero-Tolerance propagiert und ist gesetzlich abgesichert durch den Safe Schools Act von 2000. Sie schafft eine Reihe neuer Probleme: In der Praxis hat sich herausgestellt, dass die Fälle des vorübergehenden und dauerhaften Unterrichts- bzw. Schulausschlusses zugenommen haben. Der jährliche Rechenschaftsbericht des Waterloo District School Board weist eine Steigerung um 10 % aus.

Ganz offensichtlich zeigt die vorgeschriebene Kopplung von Verstoß und Schulstrafe im Bewusstsein einiger LehrerInnen ihre Wirkungen: Sie lassen sich den Spielraum für pädagogisches Ermessen und pädagogische Eigenverantwortung abnehmen. Die Zeitungen melden Einzelfälle von erschreckender Bestrafungsmentalität an Schulen. Z. B. wurde ein Schüler mit sofortiger Wirkung für mehrere Tage vom Unterricht ausgeschlossen, weil ein Drogenspürhund der Polizei beim Beschnüffeln seiner Kleidung angeschlagen hatte, obwohl der Schüler nachweislich keine Drogen bei sich hatte und nach eigener Auskunft auch keine nahm.

Dennoch: Das Schulklima war und ist immer noch von Vertrauen geprägt. Die Mehrzahl der LehrerInnen lässt sich die pädagogische Verantwortung nicht aus der Hand nehmen. So berichtet eine Schulleiterin, dass ein Schüler mit großen Verhaltensauffälligkeiten im Beisein von Elternvertretern sie beschimpft habe. Nach dem Code hätte sie sofort den Schüler suspendieren müssen. Sie schickte ihn dagegen zurück in seine Klasse. Mit dem Hinweis auf die schwierige Lebenssituation des Jugendlichen machte sie den Eltern gegenüber deutlich, dass schwierige Kinder nicht aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden dürfen, sondern zusätzliche Hilfe brauchen.

Zu den neokonservativen Erziehungsvorstellungen, die in Ontario in Politik gegossen werden, gehört auch die Verpflichtung, am Anfang oder am Ende des Schultags „O Canada“ zu singen. Schuluniformen können jetzt eingeführt werden. Mit dieser Frage dürfen sich derzeit viele Schulpflegschaften beschäftigen.

8. Zugriff auf die Lehrerschaft

Zugleich verschärft das Ministerium seinen Zugriff auf die LehrerInnen. Ein „College of Teachers“ wurde eingerichtet, eine Art Lehrerkammer, in der Lehrkräfte, Bürger und Ministeriale sitzen. Seine Aufgabe ist es, LehrerInnen zu zertifizieren. Nach der Lehrerausbildung an der Universität müssen sich die LehrerInnen einem Eignungstest des College stellen, und in der Folgezeit müs-

sen sie über Fortbildungen (meist selbst bezahlt) und weitere Tests immer wieder ihre Eignung nachweisen.

Die Stimmung an den Schulen ist schlecht. Die LehrerInnen erleben die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen durch weniger Personal und größere Klassen, sie spüren starken Druck durch Tests und die Notwendigkeit auf den Test hinzuarbeiten. „Früher wurde viel gelacht an den Schulen, das hat aufgehört“ sagt eine Gewerkschaftsvertreterin. Vor allem aber empfinden sich die LehrerInnen als gegängelt, nicht mehr ernst genommen als professionelle und verantwortliche Erzieher.

Das etablierte System des Misstrauens demotiviert. Dennoch ist die Orientierung an den SchülerInnen noch sehr ausgeprägt. Das macht auch gewerkschaftliche Maßnahmen wie Dienst nach Vorschrift, die Verweigerung außerschulischer Aktivitäten in Sportclubs u.Ä. schwierig, denn die LehrerInnen wollen ja nicht SchülerInnen für die Politik des Ministeriums bestrafen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die kanadische Provinz Ontario ersetzt zurzeit ein erfolgreiches Vertrauenssystem mit hohem Verantwortungsbewusstsein der Lehrkräfte durch ein Misstrauenssystem der ständigen Kontrolle, das demotiviert und frustriert. Die ersten Ergebnisse – 25% der SchülerInnen bestehen den Literacy Test nicht und müssen um ihren Abschluss fürchten – sind niederschmetternd.

Literatur/Informationen

Informationen über das kanadische Schulwesen:

Ontario Ministry of Education: www.edu.gov.on.ca; dort auch:
Code of Conduct

Ontario Teachers' Federation: www.otffeo.on.ca

Diskussion der Testergebnisse in mehreren Artikeln: National Post 1.10.2002,
Toronto Star 1. und 2. Okt. 2002

Anne Ratzki, geb. 1937,
Kuckelbergweg 13, 51069 Köln;
Email: AnnRat@aol.com

Brigitte Schumann, geb. 1947
Rüttenscheider Str.18, 45128 Essen
Email: ifenici@aol.com